



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 20
20.05.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD zwischen 22 % und 19 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Flüchtlingskrise und Lage in Syrien werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Flüchtlinge:	Erstmals überwiegt der Anteil derer, die sich keine Sorgen über die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland machen Bürger sehen weiterhin eher keine Fortschritte bei Bewältigung der Krise
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	34 (-)	32 (-1)	33,5 (-)	32 (-1)
SPD	19 (-2)	22 (-1)	21,0 (-2,0)	21 (+1)
FDP	7 (-1)	6 (+1)	8,0 (-)	7 (+1)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	9,0 (-)	9 (+1)
B'90/Grüne	14 (+1)	12 (-1)	11,5 (+0,5)	12 (-1)
AfD	11 (+1)	13 (-)	12,5 (+2,0)	15 (-)
Sonstige	6 (+1)	6 (+2)	4,5 (-0,5)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.	13.-18.05.	28.04.-12.05.	17.-18.05.

Die Union liegt bei forsa 15 (+2), bei IfD Allensbach 12,5 (+2), bei infratest dimap 11 (-2) und bei Emnid 10 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei forsa liegt die SPD bei 19 %. Dies ist der niedrigste Wert seit Dezember 2009.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	46 (-2)
Gabriel	15 (+1)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (-3) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

88 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 52 % (-9) für Merkel und 7 % (+1) für Gabriel entscheiden.

34 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 42 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (22.05.2016)

² im Vergleich zur KW 16

³ im Vergleich zur KW 18

Problemlösungskompetenz

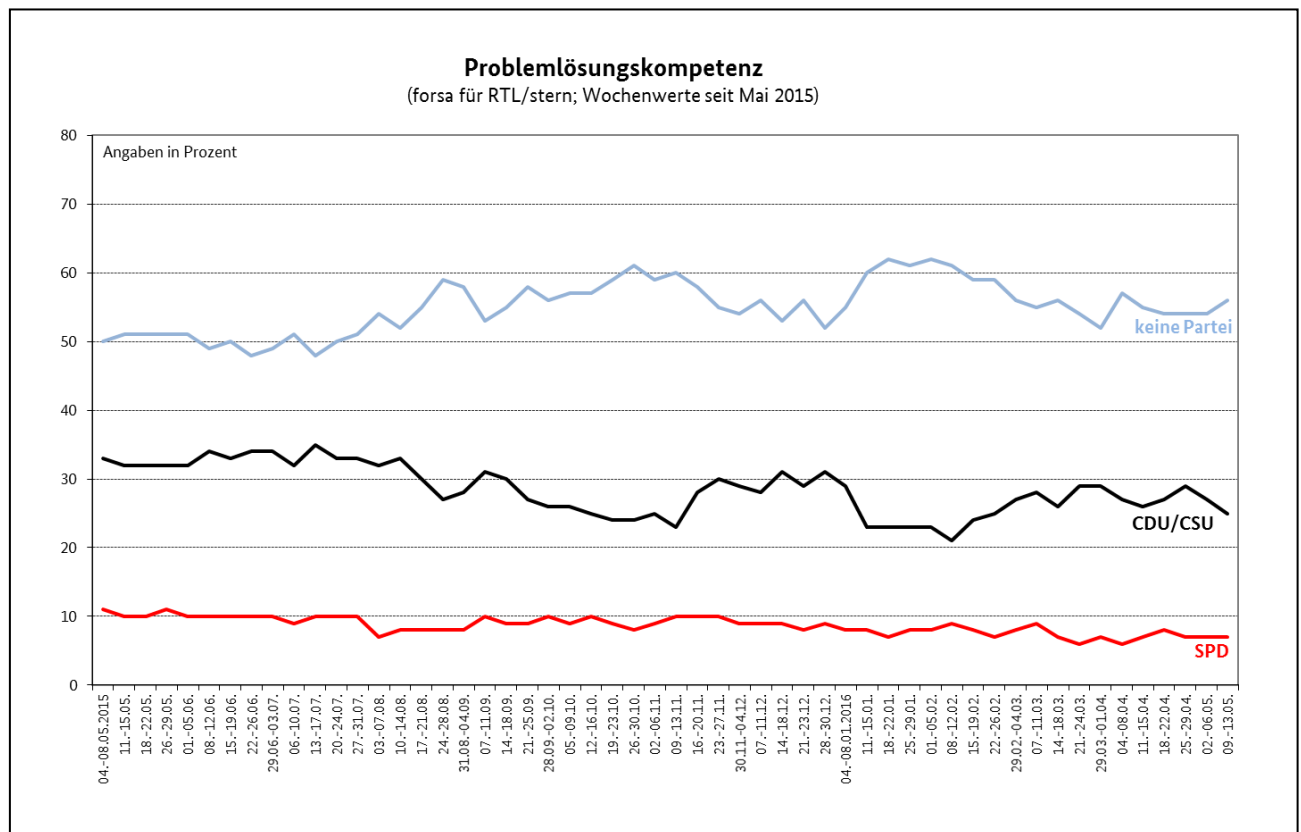
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	25	(-2)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	12	(-)
keine Partei	56	(+2)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

65 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 35 % (+3) von ihrer Partei.



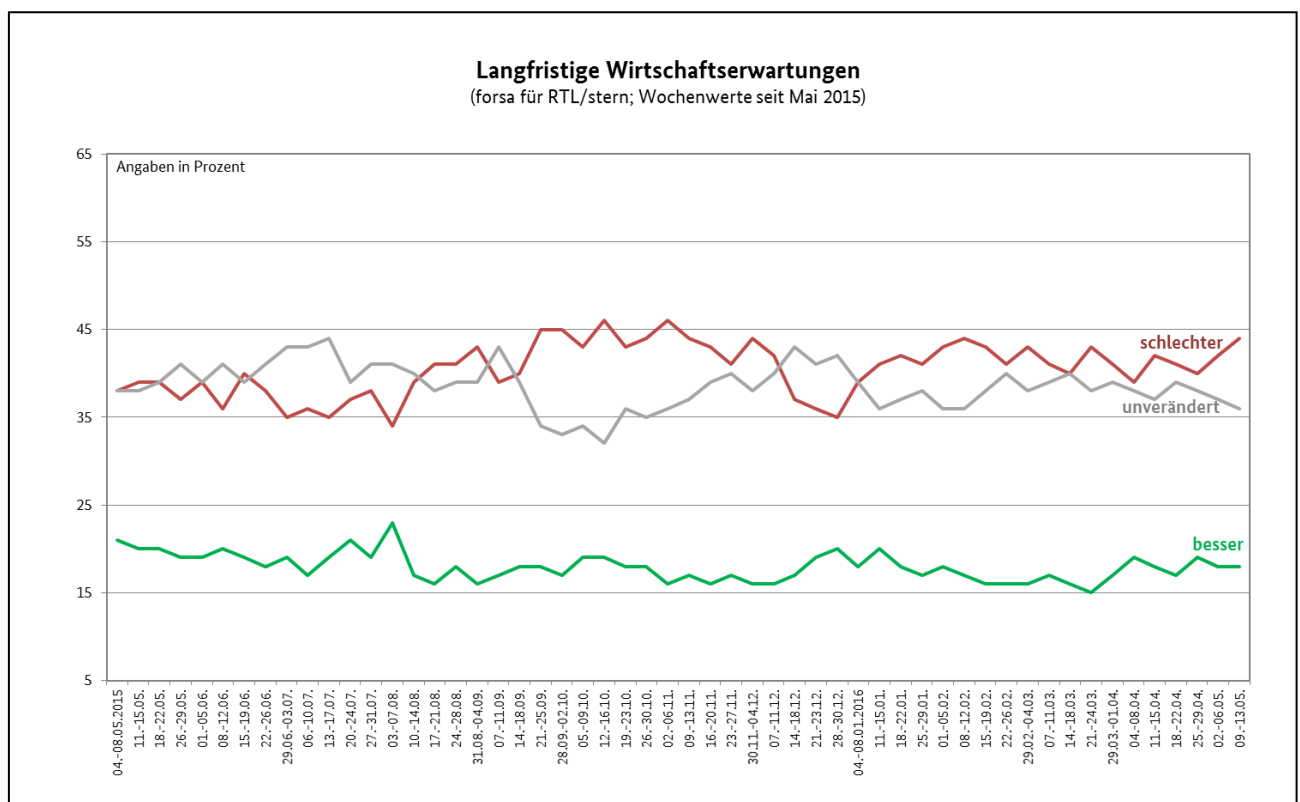
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	44	(+2)
unverändert	36	(-1)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 26 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-1)
große	48	(-2)
wenig	31	(+2)
keine	8	(+1)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.	

Anhänger der Linkspartei und der AfD (jew. 66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (68 % zu 53 %) und Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche (68 % zu 58 %).

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA	
Asylbewerber, Flüchtlinge	15	(-2)
Syrien	15	(-3)
Islamischer Staat (IS)	13	(-5)
Krieg/Terrorismus allgemein	10	(-2)
Naher Osten, arabische Länder	8	(-)
Russland	6	(-)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	6	(-)
Ukraine	5	(-1)
USA	5	(+2)
Türkei	5	(+2)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.	

Nach Meinung der Bundesbürger drohen von der Flüchtlingskrise und der Lage in Syrien die größten Gefahren für Deutschland.

Anhänger der AfD (27 %) nennen die Flüchtlingskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen dieses Thema häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (21 % zu 13 %). Anhänger der Linkspartei (9 %) und der Grünen (10 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Ostdeutsche und Anhänger der SPD (jew. 21 %) benennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich oft als die größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	29 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10 (-1)
Deutschland tut bereits genug	58 (-1)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.

Gutverdiener (36 %) sowie Anhänger der Linkspartei (37 %) und der FDP (36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 64 %) sowie Anhänger der Union (67 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 17

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	14 (-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	39 (+3)
Erhebungszeitraum	09.-13.05.

Unter 30-Jährige und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 50 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (49 %) sowie Anhänger der AfD (59 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (35 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Gutverdiener (46 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der SPD (50 %) und der Union (47 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Machen Sie sich Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	46	(-5)
mache mir keine Sorgen	51	(+5)
Erhebungszeitraum	11.-17.05.	

40- bis 49-Jährige (63 %), Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 51 %) sowie Anhänger der AfD (91 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Unter 30-Jährige (67 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (56 %) sowie Anhänger der Linkspartei (78 %), der Grünen (65 %), der Union (58 %) und der SPD (57 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	7	(-2)	21	(+1)
eher Nachteile	49	(-6)	31	(-5)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	38	(+8)	40	(+3)
Erhebungszeitraum	11.-17.05.			

Kurzfristig sehen 30- bis 49-Jährige (60 %) und sowie Anhänger der AfD (98 %) und der FDP (64 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (88 %) und 30- bis 49-Jährige (41 %) sowie Ostdeutsche (40 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (30 %) sowie Anhänger der Linkspartei (53 %) und der Grünen (42 %) überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Unter 30-Jährige sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen (kurzfristig: 45 %, langfristig: 50 %). Anhänger der SPD (kurz- und langfristig: 49 %) und der Union (kurzfristig: 44 %, langfristig: 47 %) meinen dies auch.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	Emnid für BPA	
eher voran	27	(+1)
eher nicht voran	65	(-3)
Erhebungszeitraum	11.-17.05.	

Personen mit hoher formaler Bildung (36 %) sowie Anhänger der Union (42 %), der Grünen (36 %), der Linkspartei (33 %) und der SPD (32 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere 40- bis 49-Jährige (82 %), Ostdeutsche (76 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (71 %) sowie Anhänger der AfD (97 %) und der FDP (72 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	43 (-3)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8 (-2)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	7 (+1)
Verhandlungen mit der Türkei, Verhalten der türkischen Regierung	6 (-)
Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, TTIP	6 (+1)
Erhebungszeitraum	17.-18.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen über 65-Jährige (50 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (48 %) sowie Anhänger der Linkspartei (53 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Frauen nennen das Thema häufiger als Männer (49 % zu 37 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (37 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

